BERLINER MIETERVEREIN e.V.

Sieht so die Wende in der Wohnungspolitik aus?

In seiner Regierungserklärung am 2. Juli 1981 hat der neue Regierende Bürgermeister versprochen, sich „unverzüglich für wohnungspolitisch sinnvolle Verwendungen von leeren oder besetzten Wohnungen" einzusetzen.

Am 22. September schickte Innensenator Lummer 1.800 Polizisten in Einsatz, um für 8 Häuser diese „sinnvolle Verwendung" durchsetzen zu lassen.
Dieser Einsatz hat die Stadt wieder stark aufgewühlt: ein Toter und Nächte der Schlägereien und der zerschlagenen Fenster sind erstes Ergebnis.

Aber auch für die Wohnversorgung bringen die geplanten Maßnahmen nichts Gutes.
Zum Beispiel die Modernisierung der Knobelsdorffstraße 40 - 42:

- Über 3 Millionen Mark soll die Erneuerung von 40 Altbauwohnungen kosten.
- Die letzten Mieter haben, bevor sie in teure andere Wohnungen vertrieben wurden, für jeden Quadratmeter nur 1,50 DM bezahlen müssen.
- Die künftige Miete wird insgesamt **20,76 DM** für jeden Quadratmeter im Monat betragen (falls nicht noch mehr durch Kosten- und Zinssteigerungen der Banken).
- Von dieser Miete wird der Senat zunächst über 3/4 bezahlen. Die Mieter werden „nur" mit 4,25 DM je Quadratmeter Kaltmiete belastet (warm: 6,75 DM), aber ihre Miete wird Jahr um Jahr steigen und nach 15 Jahren sollen sie die ganzen 20,76 DM je Quadratmeter und Monat bezahlen. Welche kinderreiche Familie kann sich das wohl leisten?

So soll es aber nicht nur in der Knobelsdorffstraße 40/42 sein – so ist es bei allen neuen Sozialwohnungen. Und 50.000 neue Sozialwohnungen mit noch viel höheren Mieten hat uns der neue Senat jetzt versprochen. Er fragt nicht, wie die Mieter dies bezahlen können und weiß auch nicht, woher er selbst das nötige Geld dafür nehmen soll.
Klar ist nur, w o h i n das Geld fließt und immer weiter fließen soll: zum einen an die **Banken**, denn zwei Drittel der Miete geht erst einmal an sie. Dann natürlich an die **Baugesellschaften**: so hat zum Beispiel die Neue Heimat, bevor auch nur ein Handschlag an ihren Sanierungshäusern gemacht wurde, 70 % der Kosten für den Kauf des Hauses aus Steuermitteln bezahlt bekommen. Allein dieses Geld hätte ausgereicht, um die nötige Grundinstandsetzung zu bezahlen – aber nein, es wird in die Bodenspekulation gesteckt.

Diese Politik schafft auch keine neuen Arbeitsplätze – im Gegenteil: Auf diese Art wird immer mehr Geld für immer weniger Wohnungen gebraucht.

Banken und Spekulanten – gemeinnützige ebenso wie private – sind die Nutznießer der Berliner Wohnungspolitik. Ausbaden müssen dies die Mieter und Steuerzahler, denen Zug um Zug die preiswerten Altbauwohnungen, für die die Mietpreisbindung noch gilt, weggenommen werden.

An dieser Grundregel hat auch der neue Senat nicht gerüttelt – im Gegenteil:
Die Räumung der 8 Häuser soll sicherstellen, daß der öffentliche Geldsegen wieder ungehindert auf die Konten von Banken und Baugesellschaften fließt.
Die Räumung der 8 Häuser soll gleichzeitig davon ablenken, daß der Senat faktisch kein wohnungspolitisches Konzept hat – schon gar keines, was Arbeitsplätze schafft!

Sozialer Friede in dieser Stadt kann und wird erst wieder einkehren, wenn die Ursachen der Wohnungsmisere ernsthaft angegangen werden:

- **Die Verschleuderung von Steuergeldern an Spekulanten muß sofort unterbunden werden.**
- **Die Mietpreisbindung darf in keiner Weise abgebaut oder durchlöchert werden.**

Wenn der Senat es ernst meint mit seinen eigenen Erklärungen, dürfen keine weiteren Häuser geräumt werden. Mit den Bewohnern sind Verträge abzuschließen. 600 leere Häuser warten auf eine „unverzügliche wohnungspolitisch sinnvolle Verwendung".

Ein Beispiel:
ENTMIETUNG UND STADTZERSTÖRUNG IN BERLIN – SCHÖNEBERG



10.000 Wohnungen stehen leer in Berlin. Sie warten darauf, instandgesetzt und wiedervermietet zu werden.
Stattdessen läßt der Senat mit dem Polizeiknüppel 8 Häuser für Rausreißmodernisierungen räumen?!?

V.i.S.d.PrG.: Vorstand des Berliner Mieterverein e.V.,Hermann Behlau, Spichernstr. 12, 1000 Berlin 30